

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 23. September 2021

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig und Ilse Benkö auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend geeignete Schutzmaßnahmen für die
burgenländische Bevölkerung gegenüber dem Grenzverkehr**

Der Landtag wolle beschließen:

**Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend
geeignete Schutzmaßnahmen für die burgenländische Bevölkerung gegenüber dem
Grenzverkehr**

Dass es ohne Grenzkontrollen auch im 21. Jahrhundert nicht geht, haben die Flüchtlingskrise 2015 und spätestens die - ungeachtet der aus gesundheitspolitischen Gründen an sich geschlossenen Grenzen – überaus rege Reisetätigkeit von Flüchtlingen und Asylwerbern während der seit dem Vorjahr andauernden Corona-Pandemie gezeigt. Im Burgenland betrifft dies vor allem die zahlreichen kleineren Grenzübergänge zu Ungarn, welche insbesondere von vielen Tagespendlern und Transitreisenden genutzt werden.

Leider hat sich trotz dieser Krisen in den letzten Jahren gezeigt, dass vom Versprechen der Bundesregierung, lückenlose Kontrollen des Grenzverkehrs im Burgenland durchzuführen, keine Rede sein kann. Vielmehr reichen die Kapazitäten von Polizei und Bundesheer gerade für die „großen“ Grenzübergänge aus, wie viele in der Nähe kleinerer Grenzübergänge wohnhafte Burgenländer berichten.

Ein Paradebeispiel ist der Grenzübergang Nickelsdorf, wo auch heuer wieder fast täglich von stundenlangen Wartezeiten in den Verkehrsnachrichten zu hören war. In den letzten Wochen beruhigte sich die Lage dort aber etwas. Dies liegt jedoch offenbar weniger am abflauenden Verkehrsaufkommen, sondern eher an der Tatsache, dass die Autofahrer Ausweichrouten gefunden haben.

Konkret nutzen seit etwa Mitte Juli dieses Jahres unzählige Fahrzeuge aus nah und fern den 2020 ausgebauten Grenzübergang Deutsch Jahrndorf-Rajka, um den Kontrollen und Staus in Nickelsdorf zu entgehen. Dabei handelt es sich laut einem Bericht der „Krone“ (<https://www.krone.at/2477072>) nicht nur mehr um Tagespendler und Einheimische, sondern hauptsächlich um den (Rück-)Reiseverkehr aus Bulgarien und Rumänien. Abgesehen von vereinzelt Stichproben an der Grenze kontrolliert die Polizei dort anscheinend mangels Zuständigkeit nur im Ortsgebiet von Deutsch Jahrndorf und im benachbarten Pama.

Ähnlich verhält es sich beim Grenzübergang Andau-Janossomorja, bei dem zu Spitzenzeiten – insbesondere zu Zeiten konsequenter Kontrollen in Nickelsdorf - rund 3000 Kfz pro Stunde gezählt wurden.

Diese Umstände müssen für die Landesregierung Anlass genug sein, das in ihren Möglichkeiten liegende zu tun, um das Umfahren von großen Grenzübergängen zu stoppen. In Anbetracht der wieder stark steigenden Aufgriffszahlen von Flüchtlingen sowie der sich wieder verschärfenden Corona-Lage sind daher umgehend geeignete Maßnahmen zu treffen, wobei sich etwa die Sperre von „kleinen“ Grenzübergängen für Transitreisende oder temporäre Fahrverbote zu Stoßzeiten (am Beispiel Schattendorf/Agfalva) anbieten würden.

Weiters muss der Landesregierung aber auch klar sein, dass lückenlose Grenzkontrollen nicht von heute auf morgen realistisch sein werden, wenn man das Handeln der türkis-grünen Regierung und besonders des Innenministers Nehammer verfolgt. Deshalb könnte das Land darüber hinaus dort Maßnahmen ergreifen, wo es zuständig ist – nämlich im Bereich der Landes- und Gemeindestraßen.

Führen Grenzübergänge also nicht über das höherrangige Straßennetz oder Bundesstraßen, wäre es angesichts der aktuellen Lage sinnvoll, seitens der Landesregierung die Verhängung von (temporären) Fahrverboten mit Ausnahme von Anrainer- sowie Quell- und Zielverkehr auf jenen Landes- und Gemeindestraßen zu prüfen, welche von massivem Ausweichverkehr betroffen sind. Gemeinden wie Deutsch Jahrndorf und Andau wären dadurch rasch entlastet und würden nicht mehr im Verkehr ersticken, gleichzeitig würde es zur Sicherheit im Burgenland beitragen, wenn die Zahl der unkontrollierten Grenzübertritte mangels vorhandener Ausweichrouten sinkt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge – auch in Anbetracht der steigenden Zahlen bei Flüchtlingen und importierten Coronainfektionen – für eine lückenlose Kontrolle aller Grenzübergänge im Burgenland sorgen;
2. an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die Grenzübergänge Deutsch Jahrndorf/Rajka und Andau/Janossomorja analog zum Grenzübergang Schattendorf/Agfalva zu den besonders verkehrsstarken Stoßzeiten für den Kraftfahrverkehr sperren, und
3. selbst Maßnahmen in Form von (temporären) Fahrverboten auf jenen Landes- und Gemeindestraßen, welche zu Grenzübergängen führen, mit Ausnahme von Anrainer- sowie Quell- und Zielverkehr zu setzen, um das Nutzen von unerwünschten Ausweichrouten durch Transitreisende und Schlepper zu unterbinden und burgenländische Grenzgemeinden vom überbordenden Verkehr zu entlasten.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss zuzuweisen.